

UN-Mission ist in fast menschenleerer Region Bergkarabach angekommen

Nachdem fast alle 120.000 armenischen Einwohner aus Bergkarabach geflohen sind, hat die UN Beobachter entsandt. Frankreich kritisiert, dass damit so lange gewartet wurde.

1. Oktober 2023, 17:25 Uhr

Quelle: ZEIT ONLINE, AFP, AP, [ces](#)



Flüchtlinge aus Bergkarabach nach ihrer Ankunft im armenischen Goris © Diego Herrera Carcedo/AFP/Getty Images

Fast zwei Wochen nach dem [Großangriff von Aserbaidshan auf Bergkarabach](#) ist nach aserbaidshanischen Angaben eine UN-Mission in der mittlerweile nahezu menschenleeren Kaukasusregion eingetroffen. Ein Sprecher der aserbaidshanischen Präsidentschaft teilte mit, dass die UN-Mission am Morgen in Bergkarabach angekommen sei.

Frankreich kritisierte, dass die Regierung von [Aserbaidshan](#) die UN-Mission nicht früher genehmigt hatte. Sie sei "unter dem komplizenhaften Blick Russlands" erteilt worden – und das erst, nachdem fast alle [der geschätzt 120.000 armenischen Einwohner die Region aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen durch Aserbaidshan in](#)

[Richtung Armenien verlassen haben](#). Frankreich bekräftigte sein "Engagement zur Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität Armeniens".

Zudem sei das Mandat der Mission stark begrenzt, kritisierte das Außenministerium in Paris. Der Regierung in Baku zufolge soll sie vor allem den humanitären Bedarf einschätzen. Es ist die erste solche Mission seit mehr als drei Jahrzehnten.

Aserbaidshan bietet Armeniern "Reintegrationsprogramm" an

[Armenien](#) wirft Aserbaidshan eine "ethnische Säuberung" in der fast ausschließlich von Armeniern bewohnten Region vor. Aserbaidshan weist die Anschuldigungen zurück. "Wir können den Vorwurf der ethnischen Säuberung oder des Völkermords nicht akzeptieren", sagte der außenpolitische Präsidentenberater Hajijew am Samstag.

Es habe "keinen einzigen Fall von Gewalt oder Gräueltaten gegen Zivilisten" gegeben, sagte Hajijew. Vielmehr biete seine Regierung jedem Armenier, der bleiben wolle, ein "Reintegrationsprogramm" an. Aserbaidshan hat nach eigenen Angaben Streitkräfte in Bergkarabach stationiert, um vor allem religiöse Stätten zu schützen.

Regierung wirft 300 Armeniern Kriegsverbrechen vor

Am Sonntag gab der aserbaidshanische Generalstaatsanwalt Kamran Alijew bekannt, dass er mögliche Kriegsverbrechen von 300 Separatisten untersuche. Er rief dazu auf, sie an die aserbaidshanischen Behörden zu übergeben – was die Ängste der Armenier weiter schürt. Den Separatistenführer Arajik Harutjunjan sucht die Regierung inzwischen per Haftbefehl. Er hatte Bergkarabach seit Mai 2020 regiert – bis Aserbaidshan die Region angriff. Seine Regierung hatte am Donnerstag angekündigt, sie werde sich bis Jahresende auflösen.

Harutjunjan und einem früheren Militärkommandeur der von ethnischen Armeniern bewohnten Enklave Bergkarabach wird Medienberichten zufolge vorgeworfen, während eines Kriegs 2020 Raketen auf die aserbaidshanische Stadt Ganja abgefeuert zu haben. Am Mittwoch hatte die Polizei in Aserbaidshan bereits einen früheren Ministerpräsidenten Bergkarabachs, [Ruben Wardenjan](#), verhaftet.

Trittin fordert Stopp der Gasimporte aus Aserbaidshan

Der Grünenpolitiker Jürgen Trittin forderte die Bundesregierung und die EU auf, schärfer gegen Aserbaidshan vorzugehen. Die "Scheuklappenpolitik" von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen habe den aserbaidshanischen

Präsidenten Ilham Alijew "nur noch ermutigt", sagte Trittin in der *Rheinischen Post*.
"Das war ein großer Fehler."

Vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit werde "ein Exodus einer ethnischen Bevölkerungsgruppe erzwungen". Europa müsse Alijew jetzt klarmachen, dass er "einen hohen Preis" für mögliche weitere Angriffe zahlen werde, etwa mit einem schnellstmöglichen Gasimportstopp, forderte Trittin.

Bergkarabach gehört völkerrechtlich zu Aserbaidshan, es lebten dort bisher aber überwiegend ethnische Armenier. Die Region hatte sich 1991 nach einem Referendum für unabhängig erklärt. Dieses wurde international nicht anerkannt und von der aserbaidshanischen Minderheit boykottiert.



The screenshot shows a web browser window displaying a news article from ZEIT ONLINE. The browser's address bar shows the URL: zeit.de/politik/ausland/2023-10/angriff-aserbaidshan-bergkarabach-un-mission-separatistenfuhrer. The article is titled "UN-Mission ist in fast menschenleerer Region Bergkarabach angekommen" and is categorized under "Kaukasus". The text of the article states: "Nachdem fast alle 120.000 armenischen Einwohner aus Bergkarabach geflohen sind, hat die UN Beobachter entsandt. Frankreich kritisiert, dass damit so lange gewartet wurde." The article is dated "1. Oktober 2023, 17:25 Uhr" and cites the source as "ZEIT ONLINE, AFP, AP, cbs". Below the text, there is a video player showing a landscape with a mountain peak under a cloudy sky. The browser's taskbar at the bottom shows several open applications, including "German news 202...", "Kaukasus: UN-Mi...", and system icons for network, volume, and battery. The system clock shows "12:12 02.05.2024".